

Die Handlungen der Amtsträger sind auf folgende Vergehen/Verbrechen gemäß Strafgesetzbuch zu prüfen.

Bundesverfassungsgericht

Der von den Kommunen ausgesprochene Anschluss- und Benutzerzwang ist nach dem Urteil des Bundesverfassungs- gerichtes (2 BvR 1876/91) hinfällig, da er gegen gesetzliche Vorschriften der Bundesrepublik verstößt. Das Gericht urteilte in dem o.a. Verfahren:

”Aus dem Rechtsstaatsprinzip und der bundesstaatlichen Kompetenzordnung folgt, dass ein Satzungs- geber keine Regelungen mit Lenkungswirkung treffen darf, die der Kompetenz eines Bundesgesetzes zuwiderlaufen”.

Die angegriffenen Satzungen verletzen die klagenden Bürger in ihren Grundrechten aus Art.2, Abs.2 GG (Anm.: Grundgesetz), weil sie mit der bundesstaatlichen Ordnung der Gesetzgebungskompetenzen (Art.74 Abs.1 Nr.24, 105 Abs.2 GG) i.V. mit dem Rechtsstaatsprinzip nicht vereinbar sind. Die allgemeine Handlungsfreiheit nach Art.2 GG kann durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes geregelt werden. Ein zulässiger Eingriff setzt eine hierzu ermächtigte Norm voraus, die auch den übrigen an sie stellenden verfassungsrechtlichen Anforderungen genügt.

Das Rechtsstaatsprinzip und die bundesstaatliche Kompetenzordnung verpflichtet alle rechtssetzenden Organe, ihre Regelungen jeweils so aufeinander abzustimmen, dass den Normadressaten nicht gegenläufige Vorschriften erreichen, die Rechtsordnung also nicht aufgrund unterschiedlicher Anordnungen widersprüchlich ist.

StGB § 263 Betrug

(1) Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, dass er durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Tatsachen einen Irrtum erregt oder unterhält, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter

...

4. seine Befugnisse oder seine Stellung als Amtsträger missbraucht oder

...

(5) Mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren, in minder schweren Fällen mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren wird bestraft, wer den Betrug als Mitglied einer Bande, die sich zur fortgesetzten Begehung von Straftaten nach den §§ 263 bis 264 oder 267 bis 269 verbunden hat, gewerbsmäßig begeht.

StGB § 240 Nötigung

(1) Wer einen Menschen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

...

(3) Der Versuch ist strafbar.

(4) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter

...

3. **seine Befugnisse oder seine Stellung als Amtsträger missbraucht.**

StGB § 266 Untreue

(1) Wer die ihm durch Gesetz, behördlichen Auftrag oder Rechtsgeschäft eingeräumte Befugnis, über fremdes Vermögen zu verfügen oder einen anderen zu verpflichten, missbraucht oder die ihm kraft Gesetzes, behördlichen Auftrags, Rechtsgeschäfts oder eines Treueverhältnisses obliegende Pflicht, fremde Vermögensinteressen wahrzunehmen, **verletzt und dadurch dem, dessen Vermögensinteressen er zu betreuen hat, Nachteil zufügt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.**

(2) § 243 Abs. 2 und die §§ 247, 248a und 263 Abs. 3 gelten entsprechend.

Paul Jockel

PS:

Allein eine lange Tradition führt aber nicht ohne weiteres zum vernünftigen Handeln der Beteiligten. Wenn heute durch technische Entwicklungen die grundstücksbezogene Abwasserbehandlung um Klassen besser als die kommunale ist, gibt es keine rechtliche Begründung mehr für die Beibehaltung des Zwanges. Sie ist dann Ausdruck einer hohlen Machtwillkür!

Als Folge davon haben sich auch die Auffassungen zur Verantwortung und zu den Aufgaben der Verwaltungsmonopole der öffentlichen Hand verändert.

Letztendlich zeigt sich heute, dass der eigentlich sinnvolle Gedanke der Finanzierung der öffentlichen Einrichtungen nach dem Prinzip der Solidarität, bei unzureichender Kontrolle der kommunalen Entscheidungen, mehr und mehr dem finanziellen Erhalt von Fehlentwicklungen dient und damit als vernünftige Begründung für die Rechtmäßigkeit einer allein staatlichen Wasserbehandlung in Frage steht.